

Antrag 152/II/2025**FA XI - Mobilität****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Digital gestütztes Abschleppen für mehr Verkehrssicherheit und effiziente Verwaltung**

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-
2 Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür
3 einzusetzen, dass das Allgemeine Sicherheits- und Ord-
4 nungsgesetz (ASOG Bln) (wenn möglich in den aktuell
5 laufenden Änderungsberatungen) sowie die einschlä-
6 gigen Verwaltungsvorschriften so angepasst werden,
7 dass die Feststellung von Abschleppstatbeständen künftig
8 auch auf Grundlage von Fotos oder Videos erfolgen kann,
9 die elektronisch durch Bürger:innen, Parkraumbewirt-
10 schafter oder andere Dritte an die zuständigen Behörden
11 übermittelt werden.

12

13 Die hoheitliche Entscheidung über die Anordnung des
14 Abschleppens verbleibt dabei ausschließlich bei den Be-
15 hörden. Die Durchführung des Abschleppvorgangs erfolgt
16 weiterhin durch beauftragte Abschleppunternehmen.

17

18 Dazu wird ein neuer Paragraph im ASOG Berlin eingeführt
19 werden, der ausdrücklich klarstellt, dass digitale Beweis-
20 mittel (Fotos, Videos, elektronische Dokumentationen) als
21 Grundlage für die Anordnung von Abschleppmaßnahmen
22 anerkannt werden können, sofern sie die Situation zwei-
23 felsfrei dokumentieren und den datenschutzrechtlichen
24 Anforderungen entsprechen.

25

26 Des Weiteren sollen die einschlägigen Verwaltungsvor-
27 schriften so überarbeitet werden, dass die durchführen-
28 den Abschleppunternehmen den neuen Standort des um-
29 gesetzten Fahrzeugs digital an die Behörden übermitteln.
30 Bisher mussten meist behördliche Arbeitskräfte bis zum
31 Ende des Umsetzvorgangs vor Ort verbleiben um den neu-
32 en Standort aufzunehmen.

33

Begründung

35 Falschparken ist nicht nur ein Ärgernis, sondern gefähr-
36 det regelmäßig die Sicherheit und Ordnung im Straßen-
37 verkehr – insbesondere für Fußgänger:innen, Radfahren-
38 de und die Einsatzfähigkeit von Feuerwehr und Rettungs-
39 diensten. Abschleppmaßnahmen sind ein notwendiges
40 Mittel, um diese Gefahren effektiv abzuwehren.

41 Derzeit ist es Praxis, dass Ordnungsamt oder Polizei die
42 Verstöße vor Ort feststellen müssen. Das bindet Perso-
43 nal, verlängert Reaktionszeiten und führt dazu, dass viele
44 Verstöße nicht konsequent verfolgt werden können. Mo-
45 derne digitale Mittel erlauben es, die Feststellung zu be-
46 schleunigen und zugleich gerichtsfest zu dokumentieren.
47 Durch eine gesetzliche Klarstellung im ASOG Berlin wird
48 ermöglicht, dass Fotos und Videos – z. B. über Bürger-

49 Apps, von Parkraumbewirtschaftern oder von Verkehrsbe-
50 trieben – als Beweisgrundlage dienen können. Die Ent-
51 scheidungshoheit bleibt bei den Behörden, sodass die
52 rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet ist.

53 Das Abwarten der behördlichen Arbeitskraft bis zur er-
54 folgten Umsetzung um den neuen Standort des Fahr-
55 zeugs aufzunehmen, bindet unnötige Arbeitszeit, die
56 durch digitale Übermittlung des eindeutigen Standorts,
57 beispielsweise mit Geo-Koordinaten und Foto, besser ein-
58 gesetzt werden kann.

59 Dieses Verfahren entlastet den Außendienst, sorgt für ei-
60 ne effizientere Verwaltung, stärkt die Verkehrssicherheit
61 und erhöht die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates, weil
62 Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung sichtbarer
63 und konsequenter geahndet werden.